

Sehr geehrte Damen und Herren,

die unterzeichneten Verbände äußern große Besorgnis über die alarmierenden Ergebnisse des aktuellen Gutachtens zur sonderpädagogischen Förderung in Nordrhein-Westfalen. Die steigende Zahl von Schüle*innen mit festgestelltem sonderpädagogischem Förderbedarf sowie die damit verbundenen Herausforderungen und Mängel im System erfordern umgehende und umfassende Maßnahmen.

1. Steigende Anzahl von Kindern mit Förderbedarf

Seit 2011 hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in NRW erheblich erhöht. Der Anteil dieser Kinder ist von 4,7 % auf 6,4 % gestiegen, was auf eine bundesweite Tendenz hinweist. Diese Zunahme verdeutlicht die Notwendigkeit einer kritischen Überprüfung und Anpassung unserer Bildungssysteme, um sicherzustellen, dass alle Kinder die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

2. Ineffiziente Feststellungsverfahren

Das AO-SF-Verfahren (Ausbildungsordnung sonderpädagogische Förderung) zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs ist zeitaufwändig und bindet erhebliche Arbeitszeit der Lehrkräfte. Diese Verfahren liefern oft nicht die erwünschte Genauigkeit und Qualität in der Beurteilung und tragen zu einer problematischen Differenzierung zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Förderbedarf bei. Dies wirkt sich negativ auf die Bildungsbiografien der betroffenen Kinder aus und verstärkt die Bildungsungleichheit.

3. Ressourcen-Etikettierungs-Dilemma

Es wurde festgestellt, dass viele Schulen sonderpädagogische Förderung nicht primär beantragen, um den Kindern zu helfen, sondern um zusätzliche Ressourcen zu erhalten. Diese Praxis führt zu einer problematischen Dynamik, bei der die Ressourcenverteilung an formale Diagnosen gekoppelt ist, was das gesamte Bildungssystem belastet. Es entsteht ein Teufelskreis, in dem der formale Förderbedarf instrumentalisiert wird, um dringend benötigte Ressourcen zu sichern.

4. Fehlende Standardisierung

Die Dauer und Qualität der AO-SF-Verfahren variieren stark zwischen und innerhalb der Regierungsbezirke. Verfahren können von 35 bis zu 222 Tagen dauern, je nach Bezirk und Einzelfall. Diese Inkonsistenzen untergraben die Effizienz und Fairness der Förderung und führen zu Unsicherheiten und Ungerechtigkeiten im System. Eine einheitliche und standardisierte Vorgehensweise ist dringend erforderlich, um diese Probleme zu beheben.

5. Mangel an Prävention und frühzeitiger Förderung

Es besteht ein dringender Bedarf an präventiven Maßnahmen, um den Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung langfristig zu reduzieren. Vorschulische Sprachförderung, die Förderung schulischer Basisfertigkeiten und die systematische Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen sind unerlässlich, um Kinder frühzeitig zu unterstützen und spätere Förderbedarfe zu minimieren. Präventive Ansätze müssen verstärkt und ausgebaut werden, um den Teufelskreis von Förderbedarf und Ressourcenknappheit zu durchbrechen.

6. Strukturelle Problemlagen

Unser Bildungssystem leidet unter einem Mangel an Ressourcen, fehlenden Professionalisierungsmöglichkeiten für Lehrkräfte und ungenauen Testverfahren. Diese strukturellen Probleme tragen dazu bei, dass Förderbedarfe oft falsch eingeschätzt werden, was die Qualität der Bildung beeinträchtigt. Es ist dringend notwendig, die strukturellen Bedingungen zu verbessern, um eine gerechte und effektive Förderung aller Schüler*innen zu gewährleisten.

7. Fehlende Unterstützung für inklusives Lernen

Die politisch Verantwortlichen haben es versäumt, die notwendigen Ressourcen und Unterstützungsmaßnahmen für inklusives Lernen bereitzustellen. Überlastete Lehrkräfte und unzureichende Förderung führen zu einer Verschärfung der Bildungsungleichheit und beeinträchtigen die Bildungschancen unserer Kinder. Inklusion darf nicht nur ein Ziel auf dem Papier bleiben, sondern muss mit den notwendigen Mitteln und Maßnahmen umgesetzt werden.

Forderungen der Verbände

Angesichts dieser alarmierenden Erkenntnisse fordern wir umgehende und entschlossene Maßnahmen, um die festgestellten Mängel zu beheben:

1. Standardisierung der Feststellungsverfahren:

- Es müssen einheitliche und effiziente Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs entwickelt und implementiert werden. Dies wird dazu beitragen, Fairness und Transparenz im System zu gewährleisten. Eine klare und präzise Definition der Kriterien für sonderpädagogischen Förderbedarf ist unerlässlich, um Missbrauch und Fehlklassifikationen zu vermeiden.

2. Ausbau präventiver Maßnahmen:

- Vorschulische und schulische Förderprogramme müssen ausgebaut werden, um frühzeitig individuelle Unterstützungsbedarfe zu erkennen und zu adressieren. Präventive Maßnahmen sind der Schlüssel, um langfristig den Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung zu reduzieren. Hierzu gehören:
 - **Vorschulische Sprachförderung:** Sprachliche Kompetenzen sollten bereits im Vorschulalter systematisch gefördert werden, um spätere sprachliche Defizite zu vermeiden.
 - **Frühe Förderung schulischer Basisfertigkeiten:** Kinder sollten frühzeitig in grundlegenden schulischen Fähigkeiten unterstützt werden, um ihre schulischen Entwicklungschancen zu verbessern.
 - **Systematische Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen:** Programme zur Förderung sozial-emotionaler Kompetenzen müssen verstärkt werden, um Kindern zu helfen, ihre sozialen Fähigkeiten und ihr emotionales Wohlbefinden zu entwickeln.

3. Bereitstellung notwendiger Ressourcen:

- Schulen müssen mit den notwendigen personellen und materiellen Ressourcen ausgestattet werden, um inklusives Lernen effektiv umzusetzen. Dies umfasst:
 - **Zusätzliche Lehrkräfte:** Es müssen mehr Lehrkräfte eingestellt werden, um kleinere Klassen und eine individuelle Betreuung zu ermöglichen.
 - **Spezialisierte Fachkräfte:** Schulen benötigen zusätzliches Fachpersonal, darunter Schulpsychologen, Sonderpädagogen und Sozialarbeiter, um eine umfassende Unterstützung zu gewährleisten.
 - **Geeignete Lehrmaterialien:** Es müssen geeignete und evidenzbasierte Lehrmaterialien zur Verfügung gestellt werden, um eine effektive Diagnostik und Förderung zu ermöglichen.

4. Professionalisierung der Lehrkräfte:

- Lehrkräfte benötigen kontinuierliche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Dies beinhaltet:
 - **Fortbildung:** Regelmäßige Fortbildungen zu inklusivem Unterricht, Diagnostik und Fördermethoden sind notwendig, um die Kompetenzen der Lehrkräfte zu stärken.
 - **Supervision und Coaching:** Lehrkräfte sollten Zugang zu Supervision und Coaching haben, um ihre berufliche Praxis reflektieren und verbessern zu können.
 - **Vernetzung und Austausch:** Plattformen für den Austausch bewährter Praktiken und die Vernetzung von Lehrkräften müssen geschaffen werden, um den kollegialen Austausch und die Zusammenarbeit zu fördern.

Konsequenzen und Handlungsbedarf

Die Ergebnisse des Gutachtens sind ein Weckruf für alle Beteiligten. Es ist an der Zeit, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass alle Schüler*innen in NRW die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Folgende Konsequenzen und Maßnahmen sind dringend erforderlich:

- **Überprüfung und Reform der Feststellungsverfahren:** Eine umfassende Überprüfung der bestehenden Verfahren und deren Reform hin zu einem standardisierten und effizienten System ist notwendig.
- **Sicherstellung ausreichender Ressourcen:** Die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel und personeller Ressourcen muss oberste Priorität haben, um die Schulen bei der Umsetzung inklusiver Bildungsangebote zu unterstützen.
- **Stärkung der präventiven Ansätze:** Der Fokus muss verstärkt auf präventive Maßnahmen gelegt werden, um frühzeitig Bildungsbarrieren abzubauen und den individuellen Förderbedarf zu reduzieren.
- **Politisches Engagement und Verantwortung:** Die politisch Verantwortlichen müssen sich ihrer Verpflichtung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bewusstwerden und konkrete Maßnahmen zur Förderung der Inklusion ergreifen.

Fazit

Nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten – der Schulen, der Eltern, der Politik und der Gesellschaft – können wir ein inklusives und gerechtes Bildungssystem schaffen, das den Bedürfnissen aller Kinder gerecht wird. Die Verbände rufen daher alle Verantwortlichen auf, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und die Zukunft unserer Kinder zu sichern.

Für Rückfragen und den weiteren Dialog stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Team Vorstand
LEiS-NRW e.V.
Harald A. Amelang
amelang@leis-nrw.de
01577 – 58 49 450
<http://www.leis-nrw.de>

Vorstand
Landeselternkonferenz NRW
Christian Beckmann
info@lek-nrw.de
0173 – 99 55 162
<http://www.lek-nrw.de>